

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig.

74. Jahrgang.

Dienstag, 3. Juli 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarisch überlieferten für Manuskripte keine Verantwortung | Flugpost und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman | Unerwartet keine Manuskripte einfinden

Anzeigenpreise: Die 12 gefalteten Zeile 1,20 Rmk., Stellungsführende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Belegpreise: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungs-Redaktion, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbesug: Durch Streifenbahn oder Postübermittlung. Postübermittlungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 Schweizerische Franken, Holland 160 fl., Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinarer, Österreich 36 Schilling, Litauen 30 Litai, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postfach-Konto: Berlin Nr. 26412

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Verleger: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2488, für Politik, Kunst und Cohalet Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Notruf aus dem deutschen Osten.

Polens Absichten.

Von einem Ostbesucher wird uns geschrieben:

Die von dem polnischen Außenminister Jozef vor einigen Wochen in Paris eingeleitete Aktion hat bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, namentlich in England, einiges Aufsehen erregt. Wenn man bei diesem Vorfall nicht an eine, von französisch-polnischer Seite gemeinsam beauftragte und befehlte, Arbeit zu denken hat, dann klebt dieses polnische Vorgehen doch reichlich unverständlich. Glaubt man polnischseits damit einen Zweck in Bezug auf die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Handelsvertragsverhandlungen ausüben zu können? Würdigt man, daß in nächster Zeit die immer unheilbarer werdenden Zustände in einer Anwendung des Artikels 19 der Völkerbundsatzung, wie sie der Verfallter Vertrag vorsieht, führen könnten? Und hält man für richtig, den französischen Bundesgenossen gerade jetzt, in einer gewissen Rauf- und Kampfpolligkeit, Bemühungen, zu einem offenen Verständnis in dem Sinne voranzutreiben zu lassen, daß dem Rechte umbringt eine Ausdehnung bis in Dornen feinerzeit ausgeprochenen Verzichtes auf Anerkennung der Grenzverhältnisse im Osten verlangt werden müßte?

Artikel 19 der Völkerbundsatzung lautet:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit Bundesmitglieder zu einer Kapazität für den unabweisbar gewordenen Vertrag und solcher internationalen Verhältnisse aufzufordern, deren Aufrechterhaltung den Völkern gebührend können.“

Erinnert man sich danach der in der letzten Zeit auch von England (namentlich in Zeitschriften wissenschaftlichen Charakters) vertretenen Ansicht über die Notwendigkeit einer anderweitigen Grenzsetzung unter Berücksichtigung des politischen Fortschritts, so erklärt sich zum Teil wohl die polnische Nervosität.

Selbstverständlich bemüht sich die nationale Presse Frankreichs, ihrem Außenminister beizustehen, und zu ihren Organen dürfen wir auch in die Danks in deutscher Sprache erscheinende, dem sogenannten „polnischen Generalkommissariat“ (nicht nur materielle) gewisse „Wirtschaftliche Presse“ rechnen. In dieser wird in einem vom 21. Juni datierten Aufsatz einerseits hervorgehoben, daß die großen osteuropäischen Probleme jetzt in den Brennpunkt des diplomatischen und politischen Interesses rücken, daß aber andererseits die Frage einer Revision der Friedensverträge weder heute noch zu einem späteren Zeitpunkt zur Debatte stehen dürfe. Der polnische Außenminister wird besonders gelobt, daß er die Stellung Polens in diesen Fragen klar präzisiert habe, nämlich:

1. daß eine Aufforderung zur friedlichen Revision der Friedensverträge einer Aufforderung zur kriegerischen Revision gleichkomme und damit eine friedensfeindliche Arbeit bedeute;
2. daß es dem Völker der Friedensphäre nicht freistehe, diese Phäre ohne ihre Erklärung durch gleichwertige Garantien aus den Händen zu geben und damit den allgemeinen Frieden zu gefährden.

Diese letztere etwas bilateralisierend anmutende Gesinnung sieht auch den Engländern auf die Herzen gefallen zu sein, die sich begen freuen, daß Polen sich ausgedrückt in Fragen der Rheinlanddrängung einmischen wolle, und Frankreich wird sich wohl überlegen, ob seine Bündnispflicht so weit geht, seine Interessen gegenüber dem deutschen Westen hinter die polnischen Anmachungen im Osten zurückzustellen. Entschieden geistreich wirkt auch die erste These, daß eine Aufforderung zur friedlichen Ordnung der, zugrundeliegenden doch vorhandenen, Probleme im Osten einer kriegerischen Revision gleichzusetzen sei. Auch hier das bilateralisierende „Ich will nicht“ und „darin hat zu meine Begründung für die Ablehnung jener Grenzrevision zu erblicken.“

Hält man diese Erklärungen den oben zitierten Artikel 19 der Völkerbundsatzung entgegen, dann muß man in der Tat gestehen, daß Polen nicht ohne Grund

die besonders bedeutsame Rolle spielen zu müssen. Es mag dahingehelt bleiben, inwieweit Rücksichten auf die immerhin noch bestehende Ökonomie im Innern zu einer Ableitung nach außen hin mitgewirkt haben, ob man, ähnlich wie feinerzeit in Frankreich, zur Dämpfung der — übrigens nicht übermäßig hochenden — Volkswirtschaft etwas Wohlgefallen für nötig hielt? Sehr wahrscheinlich ist diese Annahme nicht, weil Polen genug Anlaß hat, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wegen, eine tuständige ruhige Entwicklung seines innenpolitischen Lebens den ausländischen Geldgebern vorzuführen. Man möchte sich vielmehr annehmen, daß Polen einmal fürstlich, politische Momente bei der Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland geltend gemacht zu sehen, und andererseits glaubt, daß die wirtschaftliche Not Ostpreußens wie Danzigs eine Aufstellung der Ostfragen in Rede bringen muß, vielleischt etwas zu früh für die eigenen Absichten, da man meint, in einiger Zeit die deutschen Teile des Ostens durch wirtschaftlichen Druck so weit gemürrt zu haben, daß sie sich einer Angleichung an Polen von sich aus nicht mehr widersetzen müßten.

Kurzlich läßt man sich durch die in der Welt und stets wirksame Friedenssehnsucht, man will den Frieden und nichts als den Frieden, und deshalb schlägt man jeden anderen wieder, der auf eine friedliche Wendung der als unmöglich erkannten Grenzlinien hinwirkt. Rechnet man man aber noch gerade bei dieser nach außen hin betonten passivistischen Einstellung den gemeinsamen Wunsch und die stille Hoffnung, ein sozialistisches Regiment im Reich würde zu der gleichen Meinung zu bestehen sein, daß jede Wendung der Grenzen, namentlich die Aufhebung des Stordrucks, von der Debatte ausgeschlossen sei.

Inzwischen drängt die Zeit; sie arbeitet gegen die Deutschen im Osten, und ein mit dem ostpreussischen Verhältnissen wohlvertrauter Führer sprach neulich sein vollberechtigtes Bedauern darüber aus, wie wenig man sich im Reich über die zu der Entscheidung drängende geschwollene Lage Ostpreußens im Klaren sei. Die Alternative läßt vor baldigen Entscheidung, entweder in einigen Jahren der Stordruck über Ostpreußen polnisch, und genau das gleiche gilt für Danzig. Diese schismatische Wahrheit muß ausgesprochen werden! Die Deutschen im Osten wollen aber nicht, daß man im Reich, schlicht unterrichtet wie man es bis heute ist, später ausreden könnte: ja, wenn wir das gemürrt hätten.“

Eine weitere Gefahr tritt heute hinzu. Die liegt darin, daß man bei den an sich nicht erfreulichen Verhältnissen im Reich und den eigenen häuslichen Sorgen die wiederholt herandrängenden Vorkämpfer aus dem Osten als lästig empfindet, und wir würden uns gar nicht zu wundern haben, wenn bei der rein materialistischen Einstellung der Völker im Reich demnach die Ansicht Platz griffe: Der Osten scheint doch kein gutes Geschäft mehr zu sein. Der Wunsch seiner Bewohner, dem deutschen Vaterlande nicht abgetrennt zu werden, hindert eine vernünftige wirtschaftliche Einstellung, die heute dahin führen müßte, den (man kann heute schon beinahe sagen ehemaligen) deutschen Osten mit den polnischen Nachbarn in die allein möglichen wirtschaftlichen Beziehungen zu bringen.

Wer sich dergestalt internationalisieren kann, dem soll gar nicht bestritten werden, daß ein wirtschaftlich gehen — an einer Ansicht auf — Polen Vorteile bringen könnte, wenn solche überhaupt von der Seite des heimischen Marktes beschafft und gewinnhaft wäre. Hier liegt insofern ein bedeutender Fehlschlag vor, als Polen nicht daran denkt, die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Ostens irgendeine zu begünstigen, so lange es nicht die bestimmte Aussicht hat, diesen sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch anzugliedern zu können. Alle Fremdbestimmungsüberlegungen, Schiedsgerichtsbefugnisse, Nicht-Angriffspakte und Versicherungsaktionen im Zeichen des Völkerbundes können niemals darüber hinwegtäuschen, daß Polen heute mehr denn je an die Ostsee drängt, sich keineswegs mit dem ihm

Der Weg der Deutschnationalen

Jak Lambach, — Oberhofen und Lindeiner — Wirtschaftspolitiker.

Wen hat, wie wir schon meldeten, eine Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei gefunden, die sich mit wichtigsten internen Angelegenheiten beschäftigt. Nach Ablauf der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Die Reichstagsfraktion der D. N. V. hielt am Montag, den 2. Juli, vormittag eine Sitzung ab, die bis in den frühen Nachmittag währte. Gegenstand der Erörterung im Verlauf der polnischen Aussprache war der in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlichte Aufsatz „Monarchismus“ des Hrn. Lambach, sowie die Neuwahl des Fraktionsvorstandes. In der Angelegenheit Lambach wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion behandelte in der heutigen Sitzung u. a. den Artikel „Monarchismus“, den der Hrn. Lambach in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlicht hat. Es lag eine Erklärung des Hrn. Lambach vor, wonach er mit seinem Artikel die Absicht verfolgt habe, als überzeugter Monarchist und in vollem Einklang mit dem deutschnationalen Parteiprogramm die Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern. Die Fraktion ist der Überzeugung, daß der fragliche Artikel für diesen Zweck angeeignet ist, und beschloß ihn nach Form und Inhalt.“

Das Ergebnis der Wahl des Fraktionsvorstandes war folgendes:

Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Graf Westphalen wiedergewählt. Als Stellvertreter wurden die Hrn. Dr. Oberhofen und v. Lindeiner-Wildau gewählt.

Die Führung der internen Geschäfte der Fraktion wurde, wie bisher, Geheimrat Schulz-Dromberg übertragen. Graf Westphalen und die Stellvertreter nahmen die Wahl unter lebhaftem Beifall der Fraktion an.

„Jungnationaler Ring.“

Wie verlautet, hat sich ein Kreis von rechtsstehenden Politikern gebildet, der demnach möglicherweise unter dem Namen „Jungnationaler Ring“ der Öffentlichkeit treten will. Zu den internen Vorgängen bei der Deutschnationalen Volkspartei geht uns aus diesem Kreis folgendes Aufschrieb zu:

„Der Kampf um das Schicksal Monarchismus droht die wichtige Frage des den westlichen Zielen der nationalen Rechte zu verwirren. Wesentlich ist für uns nicht die Form, sondern der Inhalt, nicht der Weg, sondern das Ziel. Deshalb empfinden wir die Frage „Monarchismus“ als grundsätzlich falsch gestellt. Nicht um republikanisch oder monarchistisch geht es, sondern um Aufstieg oder Stagnation. Wir bekennen uns zur Republik, weil wir uns für ein neues größeres Deutschland hervorzubringen lassen wollen. Das monarchische Problem ist gegenüber dem Doppelcharakter, den Staat zu führen und die Nation zu retten, gar nicht aktuell. Wenn wir die Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kampf der Lambach und Geringe einen Rat geben dürfen, so ist es der: Dem Vorschlag Lambachs „gleiches Recht für Monarchisten und Republikaner in einer konföderativen Partei“ zu willfahren, was zunächst einfach ist, weil solche Parteilinien praktisch längst besteht; im übrigen jedoch den Sinn auf Wichtigeres zu lenken, sich lieber mit den Räten der Zukunft zu beschäftigen als mit Schemen der Vergangenheit.“

Flieger-Empfang in London.

Warme Anteilnahme der Bevölkerung.

London, 2. Juli.

Die „Armen“-Flieger trafen den Sonntagmorgen in den ersten Radmitschiffen auf dem Flughafen Croydon ein, wo sie von Legationssekretär Dr. Reine im Namen des deutschen Botschafters willkommen geheißen wurden. Kapitän Colonel von Edwards von der Besatzung für gute Aufnahme des Luftschiffers mitunterstützung und Lieutenant Commander Perzin vom Royal Air Club waren zur offiziellen Begrüßung dem Flieger erschienen. Eine große Menschenmenge begleitete den Flieger herab die Abstiegsrampe. Nach der Landung auf dem Flughafen gegenüber Vertretern der englischen Presse.

„Ich habe immer den Wunsch gehabt, wieder zu kommen, aber ich habe mir niemals träumen lassen, daß meine Ankunft ein solches Interesse und ein solches Glück mit mir einbringen würde. Sie können wohl mit der man uns hier willkommen heißen hat.“

Die drei Flieger wurden dann zu den bereitstehenden Automobilen geleitet. Der Royal Aero-Club gab im Savoy-Hotel ein Frühstück zu Ehren der Flieger, das infolge der Landungsbeschwerden zunächst eine Stunde hinausgeschoben wurde. Es trat dann der ungewöhnliche Fall ein, daß die Zeitschmerer am Frühstückstisch zunächst in höchster Eile über die Hauptgespräche zu entscheiden mußten. Der Baron von Thomsen, der der Tafel präsierte, empfing dann die Flieger im Namen des Clubs mit einer Rede, in der er sich an jeden der Flieger wandte, so an Baron von Gintel als den besten Sportsman der Welt, der er sagen wollte, daß kaum ein höherer Ausdruck der Anerkennung aus dem Munde eines Engländer kommen könne, an Hauptmann Hoff, dessen Leistungen als Pilot und besten Ausbilder über alle Anerkennung erhaben seien, und an Major Bismarck, der dem allerbekanntesten Strecken der Welt nach dem besten Erfolg gelang ist.

Major Bismarck wies in seiner Rede besonders darauf hin, daß die Wirtin von drei Fliegern eine große Ehre sei. Gärten sie solche Arbeit, wäre ihnen die Requisition von Neu-England nach New-York sicherlich geläufig. Er ging dann auf die drei Fliegerepaare für den transatlantischen Flug ein, die Amerikaner America — Neu-England — Agere, America — Veracruz — Agere und America — Neu-England — Agere. Der letztere Flugweg ist der ausdauerndste. Die deutschen Flieger kamen in englischer Sprache für den Empfang. Im Namen der Gärten hielt darauf Bismarck eine Rede, die Flieger willkommen. Der Vertreter der englischen Regierung erklärte, das Unternehmen, das von vier Nationen durchgeführt worden sei, erweise sich als Übergang der Menschheit, nicht nur nach dem Ruf des Soldaten zu trachten, sondern nach dem Gedanken, das auch in vielen anderen Dingen zu finden.

Im Anschluß daran dankten sich die Flieger zum Teil. Empfang in die deutsche Botschaft, wo sich eine große Anzahl von Mitgliedern der deutschen Botschaft sowie sämtliche Vertreter der deutschen Botschaft in London empfanden. Auch die führenden Persönlichkeiten der englischen Pilot- und Militärflieger waren anwesend.

Gibt 3000 deutschen Kolonien Land.

TU Buenos Aires, 2. Juli.

Die argentinische Regierung hat im französischen Besitz 18 000 Hektar deutschen Kolonien zur Verfügung gestellt. Jeder Kolonist soll sechs Hektar erhalten. In den nächsten Monaten werden 8000 Kolonisten aus Deutschland erwartet.

Der polnische Gesandte in Brüssel, Minister Filipowicz, spricht in der „English Review“ vom Juni dieses Jahres davon, daß „englischen Völkern die von der Reichsregierung hervorbrachte, natürlich bedeutend, daß diese Vorarbeiten nicht bewilligt wurden. Er gibt dort wörtlich:

„Das Problem lag bei dem Ausgange zur See — bei der Stadt Danzig. Die Polen schlugen vor, Danzig Selbstständigkeit zu geben, aber es von Polen abhängig zu machen. Der polnische Delegierte in einer der Friedenskommissionen behauptete, daß diese Regelung fünf 300 Jahren mit Danzig verbunden hätte, vor der Teilung Polens. „Die Deutschen“, sagte er, „respektieren Autorität, sogar die extremsten Elemente unter ihnen werden, wenn sie sich vor einer ernüchternden Situation sehen, lokale Bürger Polens werden. Polen wird mit ohne Minoritätenverträge die deutsche Sprache in Danzig respektieren, genau wie es in allen

ausgefallenen offenen Zugang zum Meer durch den Danziger Fluß benötigen will, sondern zum mindesten von Stahl bis Kramel die Küste mit ihrem in hoher Kultur stehenden Hinterland sich anschließen will. Da ein solcher Zugang aber ein bedeutendes Aufschwemmen der an sich heute schon beträchtlichen fremdbestimmigen Winderheiten bedeuten würde, so muß Polen gleichzeitig darauf bedacht sein, alles was sich durchsichtig und nicht der schwachen Herrschaft unterworfen wird (durch politische oder wirtschaftliche Mittel) außer Landes zu bringen.

Daher dieses Ziel im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo der Osten mit Danzig der dem Erlegen steht, von polnischer Seite nicht offen ausgehen wird, ist durchaus verständlich. Wer bei dem befristigt stehenden Nationalpolen steht, daß man und man die wahre Meinung dazu, die gerade dieser in Augenblicke des bevorstehenden Triumphes auf sich hören darf (Polen wirtschaftlich) zurückzuführen ist. Es seien hierzu zwei Demos angeführt.